

Statement EMSTM (Tagung mennonitischer Theologiestudierender in Europa)

Klaipeda, Litauen, 26.-28. April 2019

Als mennonitische Theologiestudierende haben wir uns während unseres jährlichen Treffens das Thema (Neo-)Nationalismen erarbeitet.

Wir erkennen unseren Ruf, Gottes Frieden und Gerechtigkeit inmitten unserer unterschiedlichen Kontexte und Beziehungen zu bezeugen. Inspiriert von dieser Berufung sehen wir mit großer Besorgnis den weltweiten Aufstieg neonationalistischer Bewegungen: Wir sehen, wie politische Parteien in der Schweiz, in den Niederlanden, in Deutschland und in anderen Ländern Europas ihre nationale Identität auf Narrative von Fremdenfeindlichkeit und Exklusivität ausrichten. Einige von uns kommen aus Kanada, Paraguay und Kolumbien, sie sehen ebenfalls Diskriminierungen in ihren Ländern, auch wenn sich ihre Situation nicht direkt mit unserer vergleichen lässt. Wir bekennen, dass wir unserer Berufung nicht immer gerecht geworden sind. Zuweilen haben wir selbst versucht, uns nationalistische Narrative zu eigen zu machen. Und selbst, wenn wir uns nicht direkt angeschlossen haben, so stellen wir doch fest, dass wir uns nicht genügend gegen nationale Stimmungen gestellt haben. Als Friedenskirche halten wir es für wichtig, dass wir an die Auswirkungen unserer nationalistischen Vergangenheit erinnern und gleichzeitig für ein Leben in Vielfalt und Wertschätzung für einander - insbesondere für Fremde - eintreten.

In der Vergangenheit hat die mennonitische Tradition immer wieder großen Wert auf die Trennung von Kirche und Staat gelegt. Mennoniten haben sich gegenseitig als Schwestern und Brüder im Glauben zur Rechenschaft gezogen, – um eine „Kirche ohne Flecken und Runzeln“ zu sein. In einigen mennonitischen Lebenssituationen wurde eine abgeschiedene Existenz als beste Lösung für ein Leben in einer Welt mit sozialen, ökologischen und politischen Problemen gewählt. Wie viele mennonitische Gemeinschaften in Europa sind auch wir nun der Ansicht, dass zwischen Staat und Kirche zwar differenziert werden muss, dass aber der Glaube immer zu Handlungen und Verhaltensweisen führt, die politisch sind.

So ermutigen wir dazu, in unseren kirchlichen Räumen politische Themen aus friedenskirchlicher Sicht zu diskutieren und zu verhandeln. Auch sollen unsere Gottesdienste in Gebet, Lied und Predigt ein Zeugnis für Frieden und Gerechtigkeit sein. Immer wieder wollen wir Menschen in politischer und gesellschaftlicher Verantwortung ins Gebet nehmen, sie in ihrer Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen unterstützen, aber sie auch in ihrem Handeln und ihren Entscheidungen kritisch befragen. Ebenso wollen wir mit unseren kirchlichen Werken für Frieden, Diakonie und Mission dem Gemeinwohl dienen.

Als Gläubige wissen wir uns aufgefordert, „der Stadt Bestes“ zu suchen (Jeremia 29,7). Daher wollen wir mit allen Menschen „guten Willens“ wohlwollend zusammen leben. Dabei lassen wir uns vom paulinischen Bild des einen Körpers mit verschiedenen Gliedern (1. Korinther 12), die einander nötig haben, leiten. Wir streben danach, zu einer Gemeinschaft in Europa zu werden, die von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung getragen ist. Unser Engagement für friedliche und soziale Konfliktlösung sowie gegenseitiger, gemeinschaftlicher Hilfe sind wichtige Beiträge für unsere europäischen Gesellschaften. Daher ist es für uns von Bedeutung, an den anstehenden Wahlen des Europäischen Parlaments teilzunehmen.

Wir setzen uns nicht für bestimmte politische Parteien ein, sondern fordern dazu auf, nach persönlichen und gemeinschaftlichen Kriterien in Verantwortung vor Gott abzustimmen. Wahlen sind eine Möglichkeit dieser Verantwortung in einer demokratischen Öffentlichkeit Ausdruck zu verleihen. Fundament all unseres Handelns und Wirkens aus biblischer, täuferischer und mennonitischer Tradition soll sein: *„Einen anderen Grund kann niemand legen außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus.“* (1. Korinther 3, 11)